

A3 Landschaft nachhaltig nutzen, Natur bewahren: GRÜN für Klimaschutz, Biodiversität und regionale Wertschöpfung

Gremium: Schreibgruppe

Beschlussdatum: 28.05.2020

Text

- 1 UK 1.1 Gesunde Umwelt, intakte Natur
- 2 UK 1.2 Biologische Vielfalt für das Land
- 3 UK 1.3 [Kultur- und Naturerbe](#) Alleen und Feldwege
- 4 UK 1.4 Landwirtschaft als Klimaschutz
- 5 UK 1.5 Unser Boden – wertvolles Gemeingut
- 6 UK 1.6 Sauberes Wasser für Mensch und Natur
- 7 UK 1.7 Nachhaltig für Ostsee und Fischerei
- 8 UK 1.8 Leben achten, Tiere schützen
- 9 UK 1.9 Mehr Leben auf dem Land!

10 UK 1.10 Unsere Wälder: Vielfalt bringt's

11 UK 1.11 Verbraucher*innenschutz – unser gutes Recht

12 Mit seiner vielfältigen Küste, weitläufigen Seen- und Flusslandschaften,
13 stattlichen Buchenwäldern und zahlreichen Mooren verfügt MV über eine
14 einzigartige Natur. Dieser Schatz ist nur Wert an sich, sondern ebenso die
15 Grundlage für Tourismus und Gesundheitswirtschaft als zentrale ökonomische
16 Säulen unseres Bundeslandes. Insgesamt sind rund 25.000 Tier- und Pflanzenarten
17 bei uns heimisch. Doch über die Hälfte aller Pflanzenarten und Säugetiere sowie
18 alle Lurch- und Reptilienarten sind gefährdet oder vom Aussterben bedroht.
19 Artenreiche Wiesen und Äcker, naturnahe Wälder und Moore, unbelastete Gewässer
20 und ungestörte Küsten sind rar geworden. Wir erleben aktuell einen gewaltigen
21 Rückgang der Vielfalt an Lebensräumen und Arten in unserem Land. Das ist
22 dramatisch – insbesondere, wenn man die enorme Geschwindigkeit dieser
23 Entwicklung betrachtet.

24 MV ist zugleich von so großräumiger Landwirtschaft geprägt wie kaum ein anderes
25 Bundesland. Wir BÜNDNISGRÜNEN wollen eine Landwirtschaft, die Tiere würdig
26 behandelt, das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Bäuer*innen sollen
27 ein gutes Auskommen bei fairen Preise haben. Auf Dauer wird nur eine
28 Landwirtschaft erfolgreich sein, die nicht auf Kosten von Mensch, Tier und
29 Umwelt geht. Die zukünftige Agrar- und Naturschutzpolitik entscheidet darüber,
30 ob in MV die industriellen Massentierhaltungsanlagen verschwinden, ob die
31 Nitratbelastung von Boden und Wasser sinkt und ob der dramatische Artenschwund
32 gebremst wird. Sie entscheidet darüber, ob das mit der Fokussierung auf Wachstum
33 und Export billigend in Kauf genommene Höfesterben, der Konzentrationsprozess
34 und ruinöse Preiskampf in der Agrarwirtschaft aufgehalten werden können. Wir
35 wollen mit unserer Agrarpolitik auf allen Ebenen Bäuer*innen auf dem Weg hin zu
36 einer zukunftsorientierten, umwelt- und klimaverträglichen sowie tiergerechten
37 Landwirtschaft begleiten und unterstützen. Dafür treten wir BÜNDNISGRÜNE an!

38 UK 1.1 Gesunde Umwelt, intakte Natur

39 Naturschutz heißt für uns, unsere Kulturlandschaften in ihrer Vielfalt zu
40 pflegen, aber auch in ausreichend großen Schutzgebieten die Natur Natur sein zu
41 lassen. Mit 3 Nationalparks, 3 Biosphärenreservaten und 7 Naturparks stehen fast
42 20 Prozent unseres Landes unter besonderem Schutz. Hinzu kommen viele „Gebiete
43 gemeinschaftlicher Bedeutung“ (GGB, vormals FFH genannt) und EU-
44 Vogelschutzgebiete. Trotz der vergleichsweise großen Schutzgebietskulisse nimmt
45 die Arten- und Strukturvielfalt auch in MV dramatisch ab. Zwei Drittel aller
46 Blütenpflanzenarten des genutzten Grünlandes in MV sind gefährdet (Rote Liste),
47 das Gleiche gilt für die Vogelarten der Agrarlandschaft. Die Zahl der
48 Fluginsekten ist in Teilen Deutschlands erheblich zurückgegangen: in den
49 vergangenen 30 Jahren nahm ihre Gesamtmasse in Deutschland um mehr als 75
50 Prozent ab. Und das in einem Bundesland, welches weithin als Naturparadies gilt.
51 2012 hat die Landesregierung eine Strategie zur Erhaltung und Entwicklung der
52 biologischen Vielfalt beschlossen. Die im November 2017 erfolgte
53 Halbzeitbewertung zeigt, dass diese Strategie gescheitert ist. Mehr als die
54 Hälfte formulierten Ziele sind derzeit nicht erreicht.

55 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen deshalb schnellstmöglich:

56 1. die Strategie zur biologischen Vielfalt neu auflegen, um zu retten, was noch
57 zu retten ist. Wir fordern eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung durch einen
58 Landesdialog. Jede Strategie ist nur so gut wie ihre Umsetzung mit klaren
59 Verantwortlichkeiten und Maßnahmen, die höchste politische Priorität haben
60 müssen. Dafür werden wir sorgen! Fehlende landesgesetzliche Regelungen zum
61 Erhalt der biologischen Vielfalt werden wir umgehend ergänzen. So muss zum
62 Beispiel artenreiches Grünland im Naturschutzausführungsgesetz des Landes als
63 gesetzlich geschütztes Biotop ausgewiesen werden. Wir stehen für eine Stärkung
64 unserer 3 Nationalparks als Hotspots der biologischen Vielfalt.

65 2. die Defizite beim Thema Natura 2000 abstellen. Wir werden die Mängel in den
66 Gebietskulissen beheben und in der nächsten Wahlperiode eine Initiative starten,
67 um die Ge- und Verbote in den Natura-2000-Gebieten rechtlich verbindlich zu
68 regeln. Pestizide sollen in Natura-2000-Gebieten keine Anwendung mehr finden
69 dürfen.

70 3. festschreiben, dass es keinen weiteren Personalabbau in den Natur- und
71 Umweltschutzbehörden des Landes gibt sowie die Nachbesetzung frei werdender
72 Stellen ohne Befristungen verbindlich regeln. Insbesondere die Umweltbildung
73 muss weiter gestärkt werden, um die Grundlage für gebildete und bewusst
74 handelnde Menschen nicht zu verlieren. Die Verlagerung der
75 naturschutzbehördlichen Zuständigkeiten an die Landkreise hat insgesamt keine
76 positiven Effekte gehabt. Regelmäßig werden die Naturschutzbelange innerhalb der
77 Landkreise nur stiefmütterlich behandelt und personell zu knapp ausgestattet.
78 Noch so zweifelhafte Bauprojekte werden auf diese Weise durch die Landkreise
79 genehmigt. Wir werden deshalb die Rückverlagerung entsprechender behördlicher
80 Kompetenzen zum Land prüfen.

81

82 UK 1.2 Biologische Vielfalt für das Land

83 Wir BÜNDNISGRÜNE haben das Ziel, neue Wege zur Wiederherstellung der
84 biologischen Vielfalt zu ebnen. Dazu brauchen wir ein Netz aus Schutzgebieten

85 und Trittsteinbiotopen, vor allem aber integrativen Naturschutz in der
86 Agrarlandschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirtschaft und Naturschutz
87 Partner sind. Naturschutz ist kein Prestigeprojekt für Schutzgebiete. Das heißt:
88 Landwirtschaftliche Flächen müssen gleichzeitig Produktionsraum für Lebensmittel
89 und Lebensraum für Vögel, Insekten und Wildkräuter sein.

90 Zum Schutz der Flora und Fauna und für eine vielfältige, gesunde
91 Kulturlandschaft fordern wir:

92 1. Stärkung des Ökolandbaus

93 Auf Ökolandbauflächen gibt es nachweislich eine größere Artenvielfalt. Der
94 Ökolandbau bringt eine Vielzahl weiterer Vorteile mit sich, zum Beispiel in
95 Wasserschutzgebieten. Eine Kürzung der Ökoförderung in Wasserschutzgebieten ist
96 deshalb kontraproduktiv. Seit zehn Jahren verharrt der Anteil des Ökolandbaus an
97 der gesamten Landwirtschaftsfläche bei neun Prozent. Mehr als 50 Prozent der
98 hier verkauften Bioprodukte müssen eingeführt werden. Zudem gibt es keine
99 offensive Werbung und nur wenig organisatorische Unterstützung durch das Land,
100 um Betrieben den Einstieg in den Ökolandbau und die Entstehung neuer
101 Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu erleichtern. Der Ökolandbau muss in
102 MV offensiv gefördert und nicht länger als Nischenbewirtschaftung betrachtet
103 werden.

104 Unabdingbar ist hierfür ein finanziell und personell gut ausgestattetes
105 Kompetenzzentrum für Ökolandbau, das wir in der nächsten Wahlperiode einrichten
106 wollen. Es muss Praxis und Forschung vernetzen.

107 2. Reduktion des Einsatzes von Ackergiften in MV bis zum Jahr 2027 um die Hälfte

108 Rund 75 Prozent unserer Nutzpflanzen und viele Wildpflanzen sind auf die
109 Bestäubung durch Insekten, vor allem Wild- und Honigbienen sowie Hummeln
110 angewiesen. Ohne sie könnte die Landwirtschaft kein Obst und Gemüse produzieren.
111 Doch unseren fleißigen Helfern geht es nicht gut. Pflanzenschutzmittel vergiften
112 sie auf direktem Wege oder schwächen sie. Pestizide bringen viele weitere
113 Nachteile mit sich bis hin zum Nachweis von Resten in unseren Körpern. Wir
114 werden als Teil der Landesregierung ein Programm zur Unterstützung der
115 Landwirtschaft bei der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln auflegen. Eine
116 zentrale Rolle soll dabei die Beratung der Landwirtschaftsbetriebe zur Förderung
117 stabiler, artenreicher Agrarökosysteme sein. Wichtig für die Beratung sind die
118 Einbeziehung der Forschung innerhalb von MV und die Einführung von
119 entsprechenden Praxistagen. Das Land sollte auf den eigenen Flächen Vorbild sein
120 und in seinen Pachtverträgen mit den Landwirt*innen die Nutzung von Ackergiften
121 ausschließen. Besonders gefährliche Pestizide wie Neonicotinoide und Glyphosat
122 müssen gänzlich aus dem Verkehr gezogen werden.

123 3. Die Schaffung eines Biotopverbunds in der Agrarlandschaft

124 Ausgeräumte und überdüngte Agrarlandschaften mit ihren Monokulturen bieten
125 Wildbienen und vielen anderen Tieren nicht mehr genügend Nahrung und
126 unbelasteten, zusammenhängenden Lebensraum. Neben der Vernetzung der vorhandenen
127 Biotope kommt den landwirtschaftlichen Brachflächen eine besondere Bedeutung zu.
128 Als flächendeckend integrierte, extensiv gepflegte Rückzugs- und
129 Trittsteinflächen auf Äckern, Wiesen und Weiden – ohne Ackergifte und ohne
130 Düngemittel – sind sie ein einfaches, aber sehr effektives
131 Naturschutzinstrument. Die bestehenden Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen

132 (AUKM) in MV enthalten gute Ansätze zur Förderung der biologischen Vielfalt.
133 Derzeit sind jedoch nur ca.1 Prozent der Ackerfläche in MV AUKM-Flächen. Das ist
134 viel zu wenig, um eine nachhaltige Wende zu schaffen. Zudem sind die AUKM-
135 Maßnahmen oftmals zu kompliziert, zu starr und die Gebietskulissen zu engräumig
136 konzipiert. Das schmälert Akzeptanz und Reichweite und wird der
137 Naturschutzsituation vor Ort und dem jeweiligen Betrieb oftmals nicht gerecht.
138 Wir streben einen Anteil von 10 Prozent an.

139 UK 1.3 [Kultur- und Naturerbe](#) Alleen und Feldwege

140 Mehr als 4.100 Kilometer Alleen und Baumreihen prägen unser Bundesland - etwa
141 ein Sechstel aller deutschen Alleen. Doch viele Alleen sind gefährdet: bei
142 Straßenbauprojekten werden sie abgeholzt, Streusalz im Winter und Beschädigungen
143 der Wurzeln durch Straßenbau und Landwirtschaft schwächen die Bäume. Die
144 entstehenden Lücken werden meist nur unzureichend nachgepflanzt. Bei den
145 vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen für Fällungen ist das Land mit zirka 10.000
146 Bäumen im Rückstand. Auch Feldwege sind oftmals historisch und gleichzeitig
147 ökologisch wertvolle Elemente der Kulturlandschaft. Wir wollen sie erhalten und
148 damit eine kleinflächiger strukturierte Landwirtschaft unterstützen. An
149 Feldwegen können Feldhecken (Knicks) wachsen, die nicht nur Wind- und damit
150 Erosionsschutz bieten, sondern auch wertvolle Lebensräume sind.

151 Wir wollen unsere Alleen, Feldwege und Feldhecken erhalten und wiederherstellen
152 und werden deshalb:

153 1. die Straßenbauämter des Landes anweisen, die konsequente und zeitnahe
154 Durchführung der vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen bei den verantwortlichen
155 Straßenbaulastträgern durchzusetzen und entsprechende Vereinbarungen über die
156 Abarbeitung der Defizite zu treffen. Klar ist, dass das Land MV an den Straßen
157 in seiner Zuständigkeit vorbildlich handeln muss! Lückenbepflanzungen bis zu
158 100m im Altbestand von Alleen müssen in der vorhandenen Flucht erfolgen, um den
159 Alleencharakter zu erhalten. Alleenpflanzungen sind in die Planung von
160 Straßenbau- oder Sanierungsmaßnahmen von Vorneherein zu integrieren.

161 2. den Alleenerlass der Landesregierung von 2015 grundlegend überarbeiten und
162 anwenderfreundlicher im Sinne des effektiven Allenschutzes machen.

163 3. verbindliche Regelungen zum Erhalt von Feldwegen schaffen und die Anlage von
164 Feldhecken in einer Neuauflage der Naturschutz-Förderrichtlinie des Landes
165 besonders fördern.

166 UK 1.4 Landwirtschaft als Klimaschutz

167 Die Landwirtschaft ist sowohl eine entscheidende Verursacherin des Klimawandels
168 als auch Leidtragende. Wir müssen jetzt vorsorgen und für eine ökologisch und
169 sozial nachhaltige und auch in Zukunft sichere Ernte und Lebensmittelversorgung
170 Verantwortung übernehmen. MV braucht eine umfassende Strategie, um die
171 Klimaschäden durch die Landwirtschaft zu begrenzen. Die Landwirtschaft muss den
172 neuen klimatischen Bedingungen angepasst werden, damit sich eine
173 Widerstandsfähigkeit gegenüber häufiger auftretenden Wetterextremen aufbauen
174 kann.

175 Für eine klimagerechte und zukunftsfähige Landwirtschaft wollen wir in MV:

176 1. eine Landesstrategie für das Wassermanagement in der nächsten Wahlperiode
177 erarbeiten und in Kraft setzen. Es gilt, zukünftige Grundwasserneubildung in den
178 verschiedenen Landschaftsräumen zu fördern, um die Umweltschäden und
179 Versorgungskonflikte zu minimieren. Wasserrückhalt in der Landschaft (z.B. in
180 Mooren) muss Vorrang vor dem Aufbau von Bewässerungssystemen gegeben werden.
181 Bestehende Meliorationssysteme, Niederschlagswasser inklusive der Fracht von
182 Boden und Dünger schnell abfließen lassen, müssen wo immer möglich zurückgebaut
183 werden. Die kostenlose Nutzung von Wasserrechten muss auf ihre Nachhaltigkeit
184 geprüft und mit einer Abgabe versehen werden, falls eine Übernutzung droht.
185 Besonders auf trockenen Standorten muss eine Umstellung der Landwirtschaft von
186 Ackernutzung z.B. hin zu Agroforstsystemen gefördert werden.

187 2. Forschung und Beratung zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel
188 finanziell stärken. Landwirtschaftliche Berater, z.B. in der LMS-Agrarberatung,
189 an der das Land MV beteiligt ist, müssen für die Beratung über Anpassungen an
190 den Klimawandel geschult werden. Auch das Kompetenzzentrum Ökolandbau, das wir
191 schaffen wollen, kann hier wesentliche Aufgaben übernehmen.

192 3. Eine Initiative zur Erhöhung des Kohlenstoffspeichers im Boden starten.

193 Global speichert der Boden vier Mal so viel Kohlenstoff wie in Form von CO₂ in
194 der Atmosphäre vorhanden ist. Kleine Veränderungen in den Kohlenstoffvorräten
195 des Bodens können deshalb großen Einfluss auf die atmosphärischen
196 Klimagaskonzentrationen haben. Der Boden könnte theoretisch die
197 menschengemachten Treibhausgasemissionen vorübergehend (bis zu einem neuen
198 Gleichgewicht auf höherem Niveau) für mehrere Jahrzehnte kompensieren.

199 Wir wollen in der nächsten Wahlperiode eine Strategie entwickeln, wie in MV die
200 Moore sofort wirksam geschützt werden können (Stopp der CO₂-Freisetzung durch
201 Entwässerung und Bindung neuen CO₂ durch neue Torfbildung) und die Bindung von
202 Kohlenstoff in unseren Böden verbessert werden kann. Dazu gehört auch, dass
203 pflanzliche Abfälle als Rohstoffe behandelt werden und damit Kompost,
204 Pflanzenkohle, Terra Preta oder torffreie Blumenerde mit regionaler
205 Wertschöpfung erzeugt werden. Wir werden deshalb die Pflanzenabfall-
206 landesverordnung umfassend überarbeiten. Das Verbrennen von Gartenabfällen
207 sollte prinzipiell nicht mehr erlaubt sein. Dazu wollen wir Regelungen schaffen
208 und unterstützen, die die kostenlose Abgabe von Grünschnitt ermöglichen. Dies
209 dämmt zusätzlich die wilde Müllverkipfung ein. Wir wollen Modellprojekte bei den
210 kommunalen Entsorgern finanziell fördern und starten, um aus Grünschnitt einen
211 Rohstoff zu machen, diesen zu verwerten und regionale Wirtschaftskreisläufe zu
212 stärken.

213 Abstimmung mit LAG Energie zu Kohlenstoffspeichern

214 UK 1.5 Unser Boden – wertvolles Gemeingut

215 Boden ist die Grundlage unserer Nahrungsmittelproduktion, übernimmt essentielle
216 Funktionen im Umwelt- und Klimaschutz, filtert Schadstoffe, reinigt das
217 Grundwasser und bietet Lebensraum. Unsere Böden sind in einem erdgeschichtlich
218 extrem kurzen Zeitraum nach der letzten Eiszeit entstanden. Ein Jahrhundert der
219 Flächenversiegelung, der Entwässerung und der zunehmend technisch-
220 industrialisierten Landwirtschaft haben gereicht, um große Flächen zu schädigen
221 und ihrer Funktionen zu berauben. Boden ist eine endliche Ressource –
222 Bodenschutz ist daher für uns BÜNDNISGRÜNE echte Daseinsvorsorge.

223 Große Teile der landwirtschaftlichen Flächen in MV sind nicht im Besitz
224 landwirtschaftlicher Betriebe, sondern in branchenfremder Hand, konkret bei 41%
225 der Betriebe, Tendenz steigend. Überregionale Investoren stehen häufig für die
226 Verdrängung ortsansässiger Betriebe, eine mangelnde Verantwortung für die Dörfer
227 sowie fehlende Nachhaltigkeit und fehlenden Naturschutz. Diese Konzentration
228 führt dazu, dass junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen,
229 chancenlos sind, u.a. weil der Boden ausschließlich zu Höchstpreisen vergeben
230 wird. Unser Ziel ist der Erhalt einer vielgestaltigen Struktur bäuerlich
231 wirtschaftender Betriebe oder Betriebsgemeinschaften. Wir wollen die
232 Wertschöpfung im Land halten und landeseigene Flächen nachhaltig optimal nutzen.

233 Um das zu erreichen, werden wir in der nächsten Wahlperiode:

234 1. ein Agrarstrukturgesetz MV vorlegen, welches das Grundstückverkehrsrecht neu
235 regelt:

236 Das Land soll seine Gesetzgebungskompetenz im landwirtschaftlichen Bodenrecht
237 konsequent nutzen. Die Unterwanderung des Grundstückverkehrsgesetzes werden wir
238 damit beenden: Durch den Kauf von Betrieben oder Betriebsanteilen („share
239 deals“) wird der Käufer bisher indirekt auch Eigentümer der Fläche. Er umgeht
240 damit die restriktiven Regelungen zum landwirtschaftlichen Bodenerwerb. Wir
241 wollen für das Land ungünstige share deals sowie weitere Konzentrationsprozesse
242 bezüglich des Bodenbesitzes verhindern. Vielmehr soll verfügbare Fläche
243 regionalen, kleinen Akteuren zur Verfügung stehen. Wir werden die
244 Tochtergesellschaft des Landes, die Landesgesellschaft MV anweisen, ihr
245 Vorkaufsrecht wo immer möglich zu nutzen und steuernd und mit langfristiger
246 Perspektive für die Landwirt*innen zu verpachten. Erste Priorität sollen dabei
247 Ökobetriebe, zweite Priorität Berufseinsteiger (Junglandwirte) mit einer auf
248 regionalen Kreisläufen beruhende Landwirtschaft haben. So können Dörfer belebt,
249 Erholungsräume geschaffen, die Kulturlandschaft gepflegt und die vielfältige
250 Natur auch für nachfolgende Generationen erhalten werden.

251 2. das Bodenschutzprogramm MV umfassend ergänzen und umsetzen. Wir brauchen die
252 verstärkte Förderung für den Bestandsschutz und die Neuanlage von Hecken,
253 Untersaaten, Mischkulturen und insbesondere von Agroforstsystemen für einen
254 besseren Erosionsschutz. Wir brauchen ein Förderprogramm für die Nutzung nasser
255 Moorstandorte (Paludikultur) sowie die Streichung der Fördergelder für Ackerbau
256 auf entwässerten Mooren. Eine Novellierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
257 ist notwendig, um die Ausbringung von organischen Düngern wie Kompost und Mulch
258 zu vereinfachen und zu verstärken. Die pfluglose Bewirtschaftung soll im
259 konventionellen Anbau nicht mehr empfohlen werden, da sie nur durch verstärkten
260 Einsatz von Herbiziden durchzusetzen ist.

261 3. das aktuelle Landesraumentwicklungsprogramm (LEP MV) von 2016
262 weiterentwickeln. Es enthält die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und
263 Landesplanung. Ein überragendes Ziel dabei muss der Bodenschutz sein. Das LEP
264 muss klare Vorgaben hinsichtlich des Stopps der Zersiedelung und Versiegelung
265 der Landschaft und des überhaupt noch zulässigen Neubaus von Verkehrswegen
266 machen. ÜBERSCHNEIDUNG LAG ENERGIE / LAG MoVe?

267 UK 1.6 Sauberes Wasser für Mensch und Natur

268 In MV sind große Teile der Flüsse, Bäche, Küstengewässer und Seen in einem
269 schlechten ökologischen Zustand. Durch die Überdüngung der Landschaft entwickeln

270 sich bestimmte Pflanzen im Übermaß und führen zu Sauerstoff- und Artenarmut.
271 Pflanzenschutzmittel, Arzneimittelreste, übertriebene Gewässerunterhaltung und
272 Bepflanzung machen den Gewässern zusätzlich zu schaffen. Auch das Grundwasser, aus
273 dem in MV 85 Prozent des Trinkwassers gewonnen wird, ist belastet und muss mit
274 immer mehr Aufwand aufbereitet werden. Die Hälfte der Grundwasserkörper musste
275 wegen Überschreitung der Grenzwerte für Nitrat und Ammonium als in schlechtem
276 chemischen Zustand eingestuft werden.

277 Zum Schutz unserer Gewässer und unseres Trinkwasser wollen wir BÜNDNISGRÜNEN:

278 1. eine umgehende Neufassung des Landeswassergesetzes anstoßen. Zentrale
279 Forderungen sind die Anlage von mindestens 10 Meter breiten Puffer- und
280 Schutzstreifen an Gewässern sowie die Etablierung von
281 Gewässerentwicklungstreifen an Fließgewässern. Wir wollen ein landesweites,
282 transparentes Nährstoff-Kataster einführen, um den „Gülle-Tourismus“ einzudämmen
283 und Belastungen des Grund- und Oberflächenwassers zu reduzieren. Ein weiterer
284 entscheidender Punkt ist, dass die Nutzung des Grundwassers für
285 landwirtschaftliche Zwecke streng limitiert wird, um diese lebenswichtige
286 Ressource für den Landschaftshaushalt und die das Trinkwasser nachhaltig zu
287 schonen. Dazu müssen rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, die die
288 Grundwasserkörper unter Landeshoheit stellen - der Zustand ist gegenwärtig
289 unregelt.

290 2. die Einführung von verbindlichen Regelungen zur ökologisch verträglichen
291 Gewässerunterhaltung, wie sie etwa in Schleswig-Holstein existieren.

292 3. die EU-Wasserrahmenrichtlinie in MV vorbildlich umsetzen. Die Verbesserung
293 der Wasserqualität ist ein EU-weites Ziel. Gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie
294 sind die natürlichen Gewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand
295 zu versetzen. Dafür braucht es ausreichende organisatorische, personelle und
296 finanzielle Ressourcen. Wir BÜNDNISGRÜNEN werden uns auf allen Ebenen dafür
297 einsetzen, dass MV diese anspruchsvolle und wichtige Aufgabe bewältigen kann.

298 UK 1.7 Nachhaltig für Ostsee und Fischerei

299 Das Ökosystem der Ostsee verändert sich, insbesondere durch Nährstoffeinträge
300 und klimatisch bedingte Temperaturanstiege und die damit verbundene Verringerung
301 des Sauerstoffgehalts. Nur ein gesundes Meer bietet die Grundlage für eine
302 nachhaltige Nutzung. Die Fischerei gehört zu den ältesten Nutzern der Weltmeere,
303 die handwerkliche Fischerei prägt als erlebbarer Teil der Küstenkultur zudem
304 einen Teil unserer Attraktivität als Urlaubsland. Wir wollen sie erhalten,
305 fördern und die Rahmenbedingungen für die Küstenfischerei so umgestalten, dass
306 wieder mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen. Deutschland ist maßgeblich
307 verantwortlich für die fischereiliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und hat
308 hier erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten.

309 Unsere Ideen für den Schutz der Ostsee und für eine nachhaltige Fischerei sind:

310 1. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Fischerei soll MV als Vorbild handeln.
311 Aufgrund der Dominanz großer Industrieinteressen in fischereipolitischen
312 Belangen wurde die handwerkliche Fischerei in der Vergangenheit in ihrer
313 Kompetenz und ihren Möglichkeiten nicht ausreichend gesehen, nicht zielgenau
314 gefördert und in ihrem Innovationspotential nicht gefordert.

315 Fördergelder, wie z.B. aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds, sollen
316 zielgerichteter für die Förderung von sozialen und technischen Innovationen
317 eingesetzt werden. Die Fischereigenossenschaften sind dabei ein wichtiger
318 Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges. Wir wollen
319 kooperatives Handeln unter Fischern gezielt fördern und ihre Unabhängigkeit als
320 Küstenfischerei stärken. Die Förderung schonenderer Fangmethoden und ein
321 besseres Monitoring gehören ebenso dazu.

322 Wir setzen uns weiter dafür ein, bessere Wertschöpfungsketten durch lokale
323 Veredlung von Fangerzeugnissen und Direktvermarktung und vor allem
324 Vermarktungsk Kooperationen mit der regionalen Gastronomie aufzubauen. Dazu gehört
325 auch die Förderung der Entwicklung von echten Regionalmarken und deren
326 überregionaler Ausstrahlung.

327 Vor allem wollen wir diese Vorhaben wir zusammen mit Fischern und ihrer
328 spezifischen Kompetenz und Erfahrung im Dialog entwickeln und umsetzen. Dies
329 gilt auch für Maßnahmen zum Schutz unserer Meeresumwelt. Zumindest temporäre
330 Fangstopps auf bestimmte Arten können wir nicht ausschließen. Hierzu wollen wir
331 gemeinsam mit der Fischerei Notfall-Konzepte praxistauglich entwickeln; das kann
332 auch die Diversifizierung ihrer Tätigkeiten einschließen, etwa die temporäre
333 Fischerei auf Meeresmüll. Für Berufseinsteiger*innen brauchen wir einfacheren
334 Zugang zu Ressourcen wie Fahrzeugen und Quoten, insbesondere aber eine echte
335 Zukunftsperspektive: Wir können die Menge der Hauptzielfischarten nicht
336 vermehren, wir können aber durchaus das Spektrum erweitern, etwa um bisher
337 ungenutzte Arten. Dies verbessert die Möglichkeiten der Fischer*innen und
338 verringert den Druck auf die Hauptarten.

339 Um die angestrebte Entwicklung zu erreichen, benötigen wir zu einer Vielzahl von
340 Themen eine innovative Forschung, die wir verstärkt fördern wollen. Dabei
341 streben wir eine deutliche Stärkung sozio-ökonomischer Forschung und die
342 Verbesserung des kooperativen Handelns zwischen Fischerei und Forschung an.

343 2. NATURA-2000-Gebiete im Küstenmeer vor MV: Die Ausweisung von Maßnahmen für
344 die Schutzgebiete in der Ostsee wurde von der Landesregierung bisher nicht
345 umgesetzt. Wir fordern, die Schutzgebiete zügig mit wissenschaftlich begründeten
346 und ggf. dem Vorsorgeansatz entsprechenden Maßnahmen auszuweisen.

347 3. Wir wollen einen Landesdialog für eine nachhaltige Binnenfischerei und
348 Teichwirtschaft starten, um in einem Ausgleich mit Naturschutzanforderungen zu
349 einem Landesprogramm zum Erhalt und zur Förderung dieser lokal verankerten
350 Wirtschaftsformen zu kommen und ihre Potenziale für die regionale
351 Wirtschaftsentwicklung zu nutzen.

352 UK 1.8 Leben achten, Tiere schützen

353 Das Staatsziel Tierschutz, das auf Druck der BÜNDNISGRÜNEN endlich im
354 Grundgesetz verankert ist, erfüllen wir mit Leben. Die Industrialisierung der
355 Landwirtschaft passt Tiere an Haltungssysteme an - das müssen wir umkehren! Eine
356 Agrarpolitik, die eine solche Tierhaltung fördert, führt die Landwirtschaft in
357 eine Sackgasse. Die Tierhaltungsbetriebe geraten immer mehr in die Abhängigkeit
358 von Handel, Schlachtereien und Molkereien, die die Preise diktieren.

359 Weil Tierschutzvereine und -verbände kein Klagerecht besitzen, bleiben bisher
360 regelmäßig Verstöße gegen das Tierschutzgesetz ohne Folgen. Die Tierheime in

361 unserem Land sind überfüllt, dem Tierschutzbeirat des Landes fehlen die
362 Befugnisse, um sich in der Landesregierung Gehör zu verschaffen.

363 Um den Tierschutz konsequent umsetzen zu können, fordern wir:

364 1. eine Abkehr von der industriellen Tierhaltung, eine konsequente Förderung des
365 Bio-Landbaus und eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen
366 ein Vetorecht der Kommunen gegen die Errichtung von industriellen
367 Tierhaltungsanlagen. Um lange und qualvolle Tiertransporte zu vermeiden, streben
368 wir den Erhalt bzw. die Schaffung von regionalen Schlachtstätten an. Zudem
369 wollen wir die sensiblen Bereiche der Schlachtung mit Videoüberwachung
370 ausstatten, um Probleme schnell identifizieren zu können und Abhilfe zu
371 schaffen. Das Töten männlicher Küken bei Legehennen halten wir für ethisch nicht
372 vertretbar. Deshalb werden wir den Ausstieg aus der Massentötung männlicher
373 Eintagsküken weiter forcieren.

374 2. Viele Sauen werden in Deutschland für die Besamung und die Zeit rund um die
375 Geburt der Ferkel in etwas mehr als körpergroßen Metallkäfigen, so genannten
376 Kastenständen, fixiert. Damit verbringt eine Sau etwa die Hälfte ihres Lebens in
377 diesem Zustand. Ein Umdrehen ist genauso unmöglich wie ein entspanntes Liegen.
378 Ein normalen Kontakt zu den eigenen Ferkeln und arteigene Fürsorge ist nicht
379 möglich. Das ist ein Skandal!

380 Diese Tierhaltung ermöglicht es, Schweinefleisch in Deutschland weiterhin so
381 billig wie möglich zu produzieren. In einigen EU-Ländern ist diese Praxis schon
382 seit Jahrzehnten verboten. In Deutschland hat ein Gericht sie schon vor Jahren
383 für tierschutzwidrig erklärt. Doch statt nun endlich ein Verbot durchzusetzen,
384 will die Bundesregierung den sogenannten „Kastenstand“ für weitere 17 (!) Jahre
385 erlauben.

386 Das wollen wir beenden, deshalb fordern wir:

- 387 • Ein unverzügliches Verbot der Haltung von Sauen in Kastenständen, sowohl
388 im Deck- als auch im Abferkelbereich; Begrenzung einer Einzelfixierung auf
389 ein absolutes Minimum, z.B. zu Behandlungszwecken
- 390 • Ausreichend Platz zur freien Bewegung und zur Strukturierung der Bucht,
391 Gruppenhaltung von Sauen mit einer stabilen Gruppenzusammensetzung
- 392 • Finanzielle Förderung von Neu- und Umbau von Schweinehaltungsanlagen nur
393 mit strengen tierwohlrechtlichen Vorgaben

394 3. eine*n unabhängige*n Tierschutzbeauftragte*n für die Landesregierung, die
395 Verstöße gegen das Tierwohl benennt und politische Reformvorschläge erarbeitet.
396 Die ehrenamtlich im Tierschutz engagierten Bürger*innen wollen wir in ihren
397 Kompetenzen zu stärken: Das gilt zuvorderst für den Tierschutzbeirat des Landes,
398 und wir werden endlich auch in MV ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
399 einführen.

400 Tierheime nehmen Fundtiere und beschlagnahmte Tiere auf und leisten so einen
401 wichtigen Beitrag zum Tierschutz. Leider ist ihre finanzielle Situation oft
402 desaströs. Das Land MV muss die Tierheime finanziell absichern und so die
403 Kommunen entlasten. Wir werden eine landesweite Kastrationsverordnung für Katzen
404 auf der Grundlage des Tierschutzgesetzes erlassen, die das Elend der sich

405 ständig vermehrenden Hauskatzen beendet und den Kommunen eine klare rechtliche
406 Handlungsgrundlage gibt. Die Situation ist flächendeckend im Land inakzeptabel.
407 Auf dem Rücken der Tiere und der Tierheime wird das Problem entweder negiert
408 oder die Zuständigkeit wird hin und her geschoben.

409 UK 1.9 Mehr Leben auf dem Land!

410 Bessere Umweltqualitätsstandards in der Agrarförderung der EU wurden regelmäßig
411 von den Regierungen der Länder unterlaufen, auch von der Bundesregierung und der
412 Landesregierung MV. Solche besseren Standards müssten durch das Bereitstellen
413 von Kofinanzierungsinstrumenten durch das Land gestützt werden. Dies ist
414 gegenwärtig nicht der Fall. Die Landesregierung, die über den Bundesrat und die
415 Landwirtschaftsministerkonferenz an den Entscheidungen über die Ausrichtung der
416 europäischen Agrarpolitik beteiligt ist, ist inaktiv. Wir werden das ändern!

417 Für eine Neuausrichtung der Förderpolitik, die den Landwirt*innen eine
418 Perspektive gibt und ihnen eine ökologisch verträglich Wirtschaftsweise
419 ermöglicht, fordern wir:

420 1. Parallel zu den laufenden Verhandlungen in Brüssel – und fernab öffentlicher
421 Wahrnehmung – wird in Deutschland aktuell die nationale Umsetzung der
422 zukünftigen GAP-Regeln (Gemeinsame Agrarpolitik) ab dem Jahr 2022 bzw. 2023
423 vorbereitet. Sehr groß ist dabei die Bedeutung und Verantwortung der
424 Bundesländer. Um deren länderspezifische Anforderungen zu gewährleisten und zu
425 fördern, muss die Umschichtung aus der Ersten in die Zweite Säule der GAP-
426 Förderung auf mindestens 15 % ausgebaut werden. Nur die Zweite Säule kann die
427 besonderen Situationen und Herausforderungen bis hin zum starken Ausbau der
428 ökologischen Landwirtschaft vor Ort regional differenziert ansteuern und
429 vorantreiben. Wir werden die Möglichkeiten zur Einführung einer Gemeinwohlprämie
430 prüfen, mit der landwirtschaftliche Gemeinwohlleistungen anhand von
431 Betriebsdaten ermittelt und durch einen Gesamtpunktwert abgebildet werden
432 können. Betriebe mit mehr Umweltleistungen erhalten mit der Gemeinwohlprämie
433 mehr öffentliche Gelder.

434 2. Das Land MV soll eine Bundesratsinitiative unternehmen, um den nationalen
435 Gestaltungsspielraum hinsichtlich der EU-Agrarsubventionen voll auszuschöpfen.
436 30% der flächenbezogenen EU-Direktzahlungen können an kleinere Betriebe
437 umverteilt werden. Bedingung: Anspruchsvolle Anforderungen an Grünlanderhalt,
438 Mindestfruchtfolge, Schlaggrößen, Winterbegrünung und an einen Mindestanteil
439 ökologischer Vorrangflächen bzw. „nicht produktiver Bereiche“. Nur durch eine
440 Erhöhung über die vom Bundesministerium bisher angestrebten 3 % hinaus kann der
441 des Artenschwund in den Agrarlandschaften gestoppt werden.

442 3. Die Landesregierung muss auch für die neue Förderperiode eine gut
443 ausgestattete Naturschutz-Förderrichtlinie im Rahmen des ELER (EU-Programm zur
444 Entwicklung des ländlichen Raumes) auflegen, um kleinere und größere
445 Naturschutzmaßnahmen auf breiter Flächen und damit integrativ in der
446 Kulturlandschaft zu ermöglichen. In der laufenden Wahlperiode kam die
447 Förderrichtlinie viel zu spät und war bürokratisch viel zu kompliziert – ein
448 echter Wille war dahinter nicht zu erkennen. Wir werden das ändern!

449 UK muss auf jeden Fall vor Beschluss aktualisiert werden – Ergebnisse der GAP-
450 Verhandlungen!!

451 UK 1.10 Unsere Wälder: Vielfalt bringt's

452 Leitbild unserer Waldpolitik ist ein gemischter, stabiler und ertragreicher
453 Wald, der sich an die Veränderungen der Klimakrise anpassen kann. Dem entspricht
454 der naturgemäß bewirtschaftete Dauerwald. Die Schutz-, Erholungs- und
455 Nutzfunktionen des Waldes sind für uns gleichrangig. Wir wollen den mit 24%
456 immer noch relativ niedrigen Waldanteil MVs in Richtung des Bundesdurchschnitts
457 von 30% anheben. Die öffentliche Hand ist besonders in der Pflicht,
458 landwirtschaftliche Grenzertragsstandorte für eine Aufforstung zur Verfügung zu
459 stellen. Der Wald hat unter den letzten Trockenjahren stark gelitten; die
460 Verbesserung des Bodenwasserhaushalts ist darum für uns von entscheidender
461 Bedeutung. Wir wollen und müssen den Waldumbau beschleunigen. Der Landeswald
462 soll künftig vorbildlich naturgemäß bewirtschaftet werden.

463 Um unseren Wäldern, ihren Bewirtschafter*innen und der biologischen Vielfalt zu
464 helfen, wollen wir in der nächsten Wahlperiode:

465 1. Das Landeswaldgesetz ökologisch reformieren und die dazugehörigen
466 Verordnungen überprüfen. Dies bedeutet unter anderem einen prinzipiellen
467 Verzicht auf Kahlschläge und den Einsatz von Pestiziden im Wald. Die
468 Erhaltung eines klimastabilen Waldes mit umfangreichen
469 Ökosystemdienstleistungen z.B. zum Klimaschutz und für die
470 Grundwasserneubildung hat einen deutlichen höheren volkswirtschaftlichen
471 Wert als die reine Holznutzung. Ein konkretes Aktionsprogramm zum
472 beschleunigten Waldumbau werden wir in der nächsten Wahlperiode vorlegen.
473 Hinsichtlich der Erholungsfunktion stehen wir zum freien Betretungsrecht
474 der Wälder und wollen ein Netz an Rad- und Wanderwegen schaffen. Das Reiten
475 im Wald wollen wir außerhalb von Schutzgebieten auf Wegen grundsätzlich
476 erlauben und damit die bisherige Rechtslage umkehren.

477 2. Die Waldbewirtschafter*innen entlasten, indem wir sie von Beiträgen zu den
478 Wasser- und Bodenverbänden, deren Tätigkeit für den Wald fast nur
479 Nachteile bringt, befreien werden. Wir wollen die finanzielle Förderung
480 des Privatwalds sehr viel stärker an das Erreichen bestimmter Ziele
481 insbesondere beim Waldumbau koppeln als wie bisher an Einzelmaßnahmen.
482 Etwa die Hälfte des Waldes in MV gehört privaten Waldbesitzern. Hier liegt
483 eine große Zersplitterung vor, so dass etwa 40.000 Waldbesitzern
484 durchschnittlich 2 ha Wald gehören. Wir wollen die sinnvolle
485 Eigentumsabrundung z.B. mittels Tauschverfahren fördern, um die
486 Bewirtschaftung praktikabler zu gestalten. Wir werden die Arbeit der
487 Landesforstanstalt an ihren Gemeinwohlleistungen ausrichten und den
488 ökonomischen Druck durch das Land MV reduzieren. Wir werden den
489 Modernisierungsprozess innerhalb der Landesforstanstalt zu einem
490 bürgernahen Dienstleister dynamischer gestalten als das bisher der Fall
491 ist. Wald im Eigentum des Landes bzw. der Landesforstanstalt darf bis auf
492 Splitterflächen nicht privatisiert werden.

493 3. Das Jagdrecht modernisieren, um den Anforderungen des Waldumbaus zu
494 entsprechen und gleichzeitig dringend notwendige Anpassungen im Sinne des Natur-
495 und Tierschutzes vorzunehmen. Nach wie vor gefährden überhöhte Reh- und
496 Hirschbestände die Entwicklung zu naturnahen Wäldern, indem sie die
497 aufwachsenden Laubbäume zurückbeißen. Wir wollen eine Vereinfachung der
498 Abschussplanregelungen und eine Harmonisierung der Jagdzeiten für diese Arten.
499 Im Jagdrecht werden wir weiterhin die Liste der anderen jagbaren Tierarten

500 kürzen, die Verwendung bleihaltiger Munition generell verbieten und ein
501 grundsätzliches Verbot aufnehmen, Haustiere zu schießen. Wir werden keine
502 Tierarten in das Jagdrecht aufnehmen, die bisher dem Naturschutzrecht
503 unterliegen. Konkrete und viel diskutierte Beispiele sind Wolf, Kormoran und
504 Biber. Die Entschärfung von Konflikten mit land-, forst- und
505 fischereiwirtschaftlichen Nutzungen sehen wir als wesentlich an; dafür bietet
506 das Naturschutzrecht ausreichende Möglichkeiten. Eine konsequente und
507 nachhaltige finanzielle Förderung der Landnutzer ist auch in Zukunft
508 erforderlich, um sie bei ihrer Wiedergewöhnung an den Wolf zu unterstützen (z.B.
509 bei der Anschaffung und Ausbildung von Herdenschutzhunden oder bei der
510 Errichtung mobiler Elektrozäune) oder um Schäden zu kompensieren.

511 UK 1.11 Verbraucher*innenschutz – unser gutes Recht

512 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einen Verbraucherschutz, der uns Verbraucher*innen
513 Orientierung bei immer unübersichtlicheren Angeboten bietet. Eine starke,
514 unabhängige Beratung ist notwendiger denn je. Das Vorsorgeprinzip muss
515 konsequenter angewandt werden, um uns wirksam vor gesundheitsschädlichen Stoffen
516 zu schützen. Die industrielle und global ausgerichtete Lebensmittelproduktion
517 erhöht das Risiko von Lebensmittelskandalen. Diese führen zu großen
518 Vertrauensverlusten bei uns Verbraucher*innen und wirken sich zugleich negativ
519 auf das Image der (Land-)Wirtschaft aus. Darum wollen wir ein transparentes und
520 wirksames Kontrollsystem einführen.

521 Deshalb treten wir dafür ein, dass:

522 1. ein dichtes Netz von Beratungsstellen und genügend offizielle Online-Angebote
523 geschaffen werden. Nur bei umfassender Information wirkt die Marktmacht von uns
524 Verbraucher*innen. Doch Informationsstellen sind rar. Wir werden gut
525 ausgestattete Beratungsstellen der Verbraucherzentrale in jedem Landkreis
526 einrichten und kontinuierlich mit mindestens 1 Euro pro Einwohner und Jahr
527 fördern.

528 2. eine klare, für alle verbindliche und verlässliche Kennzeichnung der
529 Lebensmittel gibt. Bei jedem Lebensmittel soll der Grundsatz gelten: Was drin
530 ist, muss drauf stehen - was drauf steht, muss drin sein! Informationen über
531 Lebensmittel und auch die Werbung dafür müssen zutreffend, klar und für die
532 Verbraucher*innen leicht verständlich sein.

533 Verbraucher*innen wollen Tierschutz und regionale Lebensmittel. Wir wollen,
534 dass sie beim Einkauf schnell sehen können, wo und unter welchen Bedingungen
535 Lebensmittel erzeugt wurden. Für alle tierischen Produkte wollen wir eine
536 Kennzeichnung, so wie es bei Eiern schon erfolgreich ist: „0“ für ökologische
537 Tierhaltung, „1“ für mehr Platz und Zugang ins Freie, „2“ für mehr Platz und
538 höhere Anforderungen an den Stall, „3“ für die gesetzlichen Mindeststandards.

539 3. der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung minimiert und die Lebens- und
540 Futtermittelkontrollen verbessert werden. Die Nutztierhaltung verbraucht mehr
541 Antibiotika als die Humanmedizin. Je mehr Tiere in einem Stall gehalten werden,
542 desto größer ist die Gefahr, dass im Krankheitsfall sehr schnell viele Tiere
543 erkranken. Dies fördert die Entstehung von resistenten Krankheitserregern, die
544 auch für uns Menschen gefährlich werden können.

545 Tierärzt*innen sollten nicht mehr selbst Medikamente verkaufen dürfen. Damit
546 werden Fehlanreize vermieden und die Einhaltung tiergemäßer
547 Behandlungsrichtlinien befördert. Wir wollen auf Landesebene ein wirksames

548 Antibiotika-Minderungsprogramm gemeinsam mit den Anwender*innen erarbeiten und
549 diskutieren. Wir werden über die Behörden des Landes wirksame Kontrollen auf
550 allen Ebenen der Futter- und Lebensmittelproduktion auf Keim-, Pestizid- und
551 andere toxische Rückstände einführen.